

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Preis vierteljährlich 50 Mk., Einzelnummer 5 Mk.  
ertragen in die Reichspost-Zeitungsliste unter Nr. 5047 a.

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Junner  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rößlestraße 16.  
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6803.

Anzeigengebühr  
für die sechsgepalte Kolonne oder deren Raum 50 Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### Nachlese von Leipzig

Die politischen Begebenheiten haben den ersten Weltkongress in den Hintergrund gedrängt. Gegen die gemeingefährliche Reaktion beansprucht Aufmerksamkeit dermaßen, daß wenig Neigung zu Beachtung der Leipziger Tagung oder ihres Ertrages ber gerade weil der Gewerkschaftsbund in dem großen Ringen mit den Mächten der Vergangenheit hervorragende, die ausschlaggebende Rolle spielt und ihm zu spielen haben wird, ist es geboten, seinen das ist seine geistige und organisatorische Auf für die Zukunft, kritisch zu mustern.

Die Leipziger Verhandlungen war stürmisches angefangen worden. Die Behauptungen der Wettersten rankten sich an der hohen Zahl von Anträgen die Tätigkeit des Bundesvorstandes wie an verschiedene Ankündigungen der Opposition empor. Allein, es ist diesmal anders, besser gekommen. Zwar hat es stürmische Zwischenfälle gegeben, daß aber dadurch das Gesamtnis der Beratungen gelitten habe, läßt sich nicht behaupten. Die erregtesten Auftritte hat es bei Nebensächlichkeiten gegeben, bei den Hauptsachen wurde so ruhig und sachlich gearbeitet, wie eine Versammlung von solch zahlenmäßiger Unabängigkeit nur immer zu arbeiten vermag. Auch mit der Opposition hatte es eine etwas andere Verwandnis, als angenommen worden war. Als Opposition bezeichnete man gemeinhin die kommunistische und die unabhängige Ordnung mit 90 und 138, also mit zusammen 228 Köpfen, der die 463 Köpfe zählende sozialdemokratische Ordnung als geschlossene Mehrheit gegenüberstand. Daß diese Annahme nur in bedingtem Sinne richtig war, ließen schon die ersten Verhandlungstage erkennen. Gewiß, als die Tätigkeit des Bundesvorstandes, das ist Vergangenes, zur Erörterung stand, traf die Annahme ziemlich zu, als aber Künftiges, wie die Umwandlung in Industrieverbände, das Verbleiben in der Zentralarbeitsgemeinschaft und ähnliches zur Behandlung kam, liefen die scheidenden Linien durch alle politischen Richtungen wellenartig hindurch. Kurz, bei Zukunftfragen bildete die parteipolitische Gesinnung keinen festen Kitt mehr, da schieben sich die Geister nach gewerkschaftlichem Denken und Trachten, nach Erfahrung, Betätigungsdrang und Temperament.

Wie schon angedeutet, war bei der Beurteilung der Tätigkeit des Bundesvorstandes der Kongress nach parteipolitischen Linien in Mehrheit und oppositionelle Minderheit geschieden. Da bei diesem Punkte die drei Richtungen des Kongresses je einen Hauptredner bewilligt erhalten hatten, kamen Kritik und Gegenkritik nicht zu kurz. Die Redner der oppositionellen Fraktionen, unsere Kollegen Dickmann und Walter, verteilten insonderheit bei der Haltung des Bundesvorstandes in Sachen seiner zehnten Punkte. Ihre Meinung, daß er für deren Durchsetzung wenig, wenn überhaupt etwas getan habe, wird bekanntlich auch in mehrheitssozialistischen Gewerkschaftskreisen geteilt. Diese ziemlich allgemeine Meinung ist schwerlich verbessert worden durch die Erklärung des Bundesvorsitzenden Leipart, daß es sich bei den zehn Forderungen nicht um sofort zu Verwirklichendes, sondern um ein Programm auf lange Sicht handle.

Es läßt sich nicht leugnen, daß der als dritter zum Zug kommende Redner der mehrheitssozialistischen Richtung, Kollege Drey vom Fabrikarbeiter-Verband, der sich für die Politik der Bundesleitung einsetzte, überaus wirkungsvoll sprach. Besonders geschickt verfuhr er, als er sich mit der Behauptung befaßte, es sei nichts Nennenswerteres zur Erreichung der sozialistischen Wirtschaft getan worden. Wogegen er einwendete, daß für diese wichtige Voraussetzungen fehlten; daß der Mangel an Rohstoff, an Absatzmöglichkeit, an friedlicher Zusammenarbeit der Völker selbst nicht durch den stärksten sozialistischen Glauben und Mut zu ersehen sei. Dagegen war platterdings nichts Etichhaltiges einzubringen und so war die Zustimmung der Kongressmehrheit gesichert. Aber durch solch rednerisches Geschick war die Kernfrage nur verschoben, nicht beantwortet. Nun hätte leicht gefragt werden können, was denn dann zur Erfüllung eben jener unerlässlichen Voraussetzungen geschehen sei. Man sollte vermehren, daß schon die Durchführung einiger der zehn Forderungen Erfüllung wesentlicher Voraussetzungen der sozialistischen Wirtschaft bedeutet. Aber da eben hat es nach der Ansicht vieler Genossen gefehlt. Darum blieben die Bemühnisse auf dem Wege zur sozialistischen Wirtschaft unvermindert. Aus dem Unterion fast aller Redenklang das Verlangen nach aktiverer Tätigkeit des Bundesvorstandes auch auf politischem Gebiete. Er wird das, das sind wir gewiß, beherzigen. Und das von einer starken Mehrheit des Kongresses ausgesprochene Vertrauen dürfte für ihn ein Ansporn bei seiner nicht leichten Aufgabe sein.

Weniger ermutigend für den Bundesvorstand ging die Beratung des Punktes aus, der Arbeitsgemein-

schaften und Wirtschaftsrate betraf. In dem hierfür bestellten Hauptredner, unserm Kollegen Wiffel, hatten die Arbeitsgemeinschaften einen beredten Wortführer. Indessen, all seine Beredbarkeit vermochte nicht die steigende Abneigung gegen diese Gemeinschaften zu dämpfen. Sicherlich denkt auch Wiffel nicht daran, in ihnen der gewerkschaftlichen Weisheit letzten Schluß zu sehen, immerhin möchte er sie noch weitergepflegt wissen, weil sie, nach seiner Meinung, eine Schulungsmöglichkeit für den Gewerkschafter und eine Gelegenheit zur Förderung von Arbeiterinteressen darstellen. Die hierfür vorgebrachten Gründe vermochten aber die Mehrheit der Vertreter nicht zu überzeugen. Nun wird allerdings der angenehme Antrag, aus der Zentralarbeitsgemeinschaft auszuschneiden, keine unmittelbaren praktischen Folgen haben, da die beschließende Mehrheit nur 3 582 000 Mitglieder, also die Minderzahl der Bundesmitgliedschaft vertrat, während sich die Kongressminderheit auf 3 803 000 Mitglieder, auf ein Mehr von 221 000 stützte.

Wir glauben, der Bundesvorstand wird gut tun, dem Gedankengang, der aus diesem Stimmresultat spricht, Rechnung zu tragen, das heißt seine Politik so umzustellen, daß sie ohne Schwierigkeit weitergeführt werden kann, wenn ihr die arbeitsgemeinschaftliche Plante völlig entzogen werden sollte. Daß er dazu kommt, dünkt uns, wenn wir die Stimmung in den Genossentreisen nicht ganz mißdeuten, gewiß. Die Arbeitsgemeinschaften mögen auch für die Arbeiterschaft Vorteile haben, aber ihnen stehen doch auch gewichtige Nachteile gegenüber und beim Abwägen beider kommen immer mehr Genossen zur Ablehnung. Und dann, wer kann in den Zeiten der rückwärtslosen Aussperrungen und andern von Unternehmern gegen die Arbeiterschaft geführten Schlägen noch Arbeitsgemeinschaften zwischen Unternehmern und Arbeitern preisen mögen?

Von schwerlich zu überschätzender Bedeutung für die organisatorische Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist die Schaffung von Industrieverbänden. Welche beängstigende Vergeudung von Geld, Kraft und Zeit, welche unerträgliche Menge von Reibungen, Bruderkissen und Entmutigungen aus dem heutigen Zustand spricht, ist bekannt, einem Zustand, der in dem Bestehen von reinen Berufsverbänden und nicht scharf durchgeführten Industrieorganisationen besteht, der fähig selbständige Gewerkschaften duldet, wo die Hälfte und noch weniger den Bedürfnissen der Arbeiterschaft voll auf genügen und ihre Sache nachdrücklicher vertreten können. Der Metallarbeiter-Verband ist zwar eine Industrieorganisation, in dem alles, was in der Metallindustrie schafft, Platz und Schirm finden kann. Statt dessen jagen in seinem Organisationsgebiete noch Kupferschmiede, Maschinenisten, Fabrikarbeiter nach Mitgliedern, entfachen bei Lohnbewegungen und Verhandlungen Schwierigkeiten, die bei einem andern, den Notwendigkeiten der Konzernzeit Rechnung tragenden Gewerkschaftsrecht vermieden wären. Und wie die Metallarbeiter, klagen noch andere Verbände.

Daß aus diesem Zustand nur Nachteile, keinerlei Vorteile für die Arbeiterschaft sprechen, wird allgemein zugestanden. Ein vor Jahr und Tag eingefesteter Ausschuß sollte Mittel und Wege für eine Besserung suchen. Namens dieser Körperschaft erstattete Larnow vom Holzarbeiter-Verband dem Kongress Bericht. Man glaubte, von ihm praktische Vorschläge zur Erfüllung der organisatorischen Dringlichkeit zu erhalten. Statt dessen trat er unter vielem Wenn und Aber für die — Weiterduldung der Unerträglichkeit ein. Seinem Mitreferenten, dem Kollegen Dickmann blieb es vorbehalten, die organisatorischen Notwendigkeiten der Konzernzeit zu vertreten. Seine Kritik des Alten, Überlebten verfehlte bei. Eindruck auf den Kongress nicht. In seiner Entschlieung, die von einer Anzahl Vertreter großer Verbände mit unterzeichnet war, wird vom Bundesvorstand die Ausarbeitung einer Vorlage zugunsten der Schaffung von Industrieverbänden gefordert. Dem stimmte eine erdrückende Mehrheit — 4 854 000 gegen 1 925 000 — zu. An diesem erfreulichen Ergebnis ist nur zu beklagen, daß es noch bis zum nächsten Kongress dauern wird, ehe es hier zur Besserung auf breiter Linie kommt.

Wir hätten es in dieser wichtigen Sache, wie in mancher andern lieber gesehen, wenn der Bundesvorstand sich nicht hätte drängen lassen, sondern als Gedankenbereiter und Wegweiser vorgegangen wäre. Unsere in tiefgehender geistiger, sozialer und wirtschaftlicher Umbildung begriffene Zeit heißt ein offenes Ohr für ihre Bedürfnisse, dann Wagemut und schöpferische Kraft für ihre Befriedigung. Wenn die künftige Tätigkeit der obersten Stelle der zahlreichsten Gewerkschaftsbewegung der Welt noch etwas mehr von den genannten Eigenschaften offenbarte, das Vertrauen zu ihr würde noch gesteigert und dem deutschen Proletariat noch mehr gebiert sein.

### 1 Dollar 460 Mark

In einer Zeit schweren wirtschaftlichen Druckes — die Konferenz zu Genèva peitschte noch die politischen Wogen und die Pariser Anleiheverhandlungen waren gescheitert — trachten die Schüsse gemeiner, feiger Mordanschläge und streckten Walter Rathenau auf die Bahre. Das Verbrechen der Reaktion am deutschen Volk wächst sich aus zum Verderben der deutschen Wirtschaft. Der Umfang ist noch nicht abzusehen. Das Steigen des Dollars, das katastrophale Sinken des Markwertes — die Mark gilt nun in der Welt keinen Pfennig mehr, ja sie ist im Ausland zurzeit überhaupt unverkäuflich geworden — ist die äußerlich wahrnehmbare erste Folge. Die verhängnisvolle Auswirkung wird sich sehr bald zeigen.

Das Kabinett Wirth mit Walter Rathenau als Außenminister war auf dem Wege, das Vertrauen des Auslandes zum deutschen Staats- und Volkswesen zu heben. Wirtschaftliche Fäden, wenn vorerst auch noch sehr schwache, konnten geknüpft werden, Vertrauen gegen Vertrauen führte die Völker einander näher und die giftgeschwängerte Luft im Raume der Kulturkationen besserte sich. Die gewissenlosen Schürer und Heher geistlosen Nationalhaßes bähnten allwärts an Ansehen ein auf Kosten ernstest Verständigungspolitiker. Ein Lichtblick für die gegakelten Völker. Wohl war nach dem vorläufigen Scheitern der Anleiheverhandlungen mit einem Sturz der Mark zu rechnen, doch hatten die Regierungsvorstellen die Möglichkeit, durch Devisenbeschaffung, insbesondere durch die umfangreichen Devisenverpflichtungen der Industrie, die Mark zu stützen und ihren Zusammenbruch zu verhindern. Die durch diesen Vorgang offenbarte Kraft des jungen deutschen Republik wäre auf das Ausland nicht ohne Wirkung geblieben. Erneute Anleiheverhandlungen konnten schließlich Erfolg und die Stabilisierung unserer Mark bringen.

Der Rathenau-Mord zerstörte das mühsam Erreichte. Mit einem Schlag sind die Schürer und Deutschesheher im Ausland wieder an die Oberfläche gekommen, restlos beherrschen sie die öffentliche Meinung und ihre Stimme findet allseitig Beachtung. Sie sprechen von einer planmäßigen Sabotierung der Welta zur Verhinderung der Wiedergutmachungsabklärung. Sie behaupten und ihre Behauptungen finden in der Masse der Bevölkerung Glauben, das deutsche Volk ist in der Lage, seinen Verpflichtungen gerecht zu werden, planmäßig werde aber versucht, sich von den Verpflichtungen zu drücken. Das Geschick nach neuen Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland wird erneut angestimmt und alle Ansätze einer gerechten Verständigung werden unter den ausgewählten Nationalleidenschaften erstickt. Durch den Mord an Rathenau haben wir neue Sanktionen, neue schwere Belastungen durch Frankreich zu erwarten.

Auch im Innern Deutschlands brachte der Mord schwere Erschütterungen der Wirtschaft. Die Furcht vor erneuten Ausschreitungen hat zu einer wahren Panik geführt. Die Industrie sucht mit ihren vorhandenen Mitteln sich in erhöhtem Maße Auslandsdevisen zu beschaffen, um bei eintretender Umwälzung die Rohstoffversorgung für den eigenen Bedarf sichergestellt zu haben. Die Erlöse aus den Exportwaren blieben im Ausland stehen. Zu allem kommt noch die erhöhte Kapitalflucht, die ganz besonders die Reichspostschatzen vorgenommen haben. All diese Erscheinungen haben schwer auf den Stand der Mark gedrückt. Die Unterhaltungen der Regierung machen sich nun doppelt fühlbar. Die Überschwemmung des Weltmarktes mit deutschen Waren hat die Verschärfung der Zollschranken gegen deutsche Waren zur Folge. Gute zukünftige Handelsbeziehungen wurden damit vernichtet. Die Waren haben die Weltmarktpreise erreicht, während von den Löhnen und Gehältern dies keinesfalls gesagt werden kann. In diesem Gegensatz stehen die riesigen Profitmöglichkeiten der Kapitalisten. So kommt es, daß weite Kreise die fortgesetzte Selbstverwertung als ein Glück, dem wir Arbeit und Verdienstmöglichkeiten verdanken, bewerten. Die Schraube ohne Ende treibt unaufhörlich weiter, an eine Gesundung der Wirtschaft ist dabei nicht zu denken. Wandel ist unter allen Umständen geboten.

Der Rathenau-Mord hat der Arbeiterklasse offenbart, wo die Kräfte anzusetzen sind. Die Voraussetzung alles Gelingens ist die Sicherung und Festigung der Republik. Die diesbezüglichen Kreise und alle Reaktionen in ihren festen Machtstellungen in Behörden, Kirchen, Schulen, Reichswehr, Justiz und allen staatlichen Körperschaften haben einen planmäßigen Kampf geführt gegen die Erfüllungspolitik, gegen die Republik und gegen die Regierung. Der Erfolg war Ministermord und Schädigung des Staates und seiner Einrichtungen, kurz, die Verletzung deutscher Ehre und deutschen Ansehens. Sie triumphierten, als die Anleiheverhandlungen scheiterten, glauben sie doch, bei der vollendeten Bewirtung im Innern Deutschlands ihre Herrschaft errichten und den weißen Terror aufrichten zu können. Darum darf der Republik nichts gelingen, ihre Regierung darf zu keinen geordneten, gesicherten Zuständen kommen, es würde die Ausschreiter der Reaktion zunichte machen. So erwidert uns die Pflicht, die Befestigung der Republik aus allen verantwortlichen Stellungen und ihre Ersetzung durch zuverlässige Republikaner durchzuführen. Um das zu erreichen, muß das höchste Maß von Einigkeit der sozialistischen Arbeiterschaft geschaffen und der Einfluß in der Regierung gesichert werden. Dann wird das Ansehen der deutschen Republik gehoben und wir werden zu gesicherten Grundlagen des Staates und geordneten Wirtschaftsverhältnissen zum Wohl des deutschen Volksganges kommen. Der Kreislauf in die Tiefe, wie wir ihn schon wiederholt in unserer Zeitung aufgezeigt und den zu brechen wir gebietet sowie die Mittel und Wege gezeigt haben, muß nunmehr unter allen Umständen beendet werden. Möge das bis hierher und nicht weiter nicht ungehört verhallen. Die Hilfe der sozialistischen Arbeiterschaft ist gebietet.

# Bedarfswirtschaft und Normung

Sparen, Höchstleistung, Produktionsvermehrung! Diese Worte stehen wie ein Kaufmann durch den deutschen Wälderwald; sie bilden das A und O unzähliger Reden. Keine Schattierung ist davon verschwunden. Nur an dem Wief scheiden sich die Geister.

Die Arbeitgeber und ihre Presse rechnen uns vor, daß nur der Wirtschaftsentwickler, die hohen Löhne und die Brutalität der Arbeiter, wie sie im Betriebsratssystem zutage trete, an „unserem“ wirtschaftlichen Elend schuld seien.

Wir Arbeiter sind anderer Ansicht. Wohl müssen wir unsere Wirtschaft aufbauen. Dazu gehört an erster Stelle, daß unsere Wirtschaft, unser Wiederaufbauproblem auf eine gemeinnützige Bedarfswirtschaft aufgestellt wird. Bei einer solchen Bedarfswirtschaft kommt es im Grunde genommen wenig darauf an, ob der einzelne nun mehr oder weniger leistet als bisher. Das Wesentliche vielmehr ist, was und wie geleistet wird, d. h. ob die Leistung unserm Lebensbedarf entspricht oder nicht und ob alle Kräfte im wirtschaftlichen Prozeß planmäßig an der richtigen Stelle eingesetzt sind oder nicht.

Schon bei dieser oberflächlichen Charakterisierung schälen sich die Merkmale heraus, die die Bedarfswirtschaft schlechtdurch von der jetzigen privaten Produktion scheiden. Vor allem ist der Grundbesitz bei der kapitalistischen Produktion die Frage: Was verdient ich dabei? Während die Bedarfswirtschaft sich auf den vernünftigen Bedarf des Volkes aufbaut. Sonst könnte es, um ein Beispiel zu nennen, jetzt nicht vorkommen, daß Lederluxuswaren, Damenhandtaschen in Koffergroße angeboten werden, während der Arbeiter mit seiner Familie keinen heilen Schuh an den Füßen hat. Mit der Bedarfswirtschaft ist aber auch logischerweise eine Vereinfachung verknüpft, ferner eine Ausschleudung der lebensunwichtigen Erzeugung, also der Zelluloseindustrie, weiter eine Vereinfachung, eine gewisse Normung der Technik und endlich das Recht und die Pflicht eines jeden einzelnen zur Arbeit. Die Zelluloseindustrie belastet unsere Wirtschaft in schwerer Weise. Welche Unmenge von Kraft, Zeit und Rohstoff vergeudet sie nicht? Sie schafft keinerlei nützliche Werte, sondern hilft nur dem privaten Unternehmer die Profite zu Lasten der Verbraucher erhöhen. Die Fabrik mit der besten Zelluloseabteilung ist die bekannteste. Er ist aber keineswegs ausgemacht, daß das bekannteste Schmiedel, der bekannteste Metzger auch der beste ist.

Nun könnte freilich auch unter der jetzigen Wirtschaftsform (durch Zusammenfassung von Unternehmen) die Zelluloseindustrie wenn auch nicht ausgeschaltet, so doch eingeschränkt werden. Um aber den durch die Herabdrückung der Löhne entziehenden Vorteil der Allgemeinheit nutzbar zu machen, müssen wir dazu übergehen, die Wirtschaft organisch umzugestalten und auf den Bedarf einzustellen.

Damit käme ich zum zweiten Punkte der Betrachtung, zur Normung und Typung der Technik. Beide müssen beim Aufbau der Wirtschaft eine große Rolle spielen. Um einmal den massenhaften Vergleich herauszugreifen. Man hat im Bergbau viele Arten technischer Geräte und Maschinen. Man verwendet zum Beispiel mehrere Systeme von Spindeln, Pressen, Bohrhammern, Schrägmaschinen, Ventilatoren, Schütteleisernen, Motoren usw., oft sogar fünf oder mehr Systeme auf einer Anlage. Dementsprechend sind auch die Ersatzteile, wie Schrauben, Bolzen, Lager, Stangen, Ventile ganz verschieden. Würde nun die Maschinenindustrie auf eine einheitliche Grundanlage gestellt, so entstünden im Laufe der Zeit statt der jetzt bestehenden zehn Bohrschrauber ein Normalbohrschrauber, der die Vorzüge der anderen in sich vereint; es entstünde ein Einheitsmotor, während man jetzt zwanzig hat. Und wenn man diesen Gedanken bis in alle Zweige unserer Wirtschaftsmaschinen verfolgt, so wird man erkennen, daß unendlich viel Arbeit und Werte durch Einführung solcher Einheitskörper gespart werden könnten. Schon die Fabrikation an sich würde ungeheuer vereinfacht und vereinfacht. Besonders die Anwendung der Ersatzteile eröffnete die Aussicht auf die geahnte Entlastungsmöglichkeit. Der so erreichte Nutzen dürfte nicht nur dem Fabrikanten oder Kaufmann, sondern auch der Allgemeinheit zugute kommen.

Besser käme die volle Ausnutzung aller Kräfte im Produktionsprozeß und ihre Einstellung an die richtige Stelle in Frage. Ich will an dieser Stelle nicht auf die irdischordentlich gewordenen, im Weltmarktgeschäft sehr unrentablen industriellen Reserven näher eingehen, die, vollständig in den Produktionsprozeß eingestellt, unser Volkswirtschaften beträchtlich steigern helfen würde. Die Einstellung industrieller Reserven und derjenigen, die lebensunwichtige Arbeit (wie Schichten, Buchern und Schulfischen) verrichten, kann aber unsere jetzige Wirtschaftsordnung, selbst wenn sie den guten Willen dazu hätte, gar nicht zustande bringen. Bei der Allgemeinheit als Arbeitgeberin ist es aber eine Selbstverständlichkeit. Der Arbeitslose, zur Arbeit eingestellt, wird mindestens den Wert erzeugen, den er sonst an Unterhaltungsbedarf bekommt. Jeder wird in der Regel seinen Lohn verdienen und kein Arbeiter braucht für einen anderen mitzugewarten, wie es jetzt der Fall ist. Besonders den Schmarahern im heutigen Volkstheater oder würde, da ihnen durch eine organisierte Bedarfswirtschaft nach und nach die Unterlage entzogen wird, schließlich gar nichts anderes übrig bleiben, als nützlich mitzuarbeiten, statt andere durch Schieben und Zerren um die Fäden ihrer Arbeit zu bringen.

Und so käme wir einem Schritt weiter zum arbeitslosen Kapital, zum Reichtum. Nach den Verhältnissen des Reiches und des Bundes Freigeld-Freiland beträgt die Zahlung für Frauen in allen Kantonsländern etwa die gleiche Summe wie für Männer und Gefährten. Also der Arbeiter, Angestellter und Beamter, der produktive Arbeit leistet (hier ist jeder Produktive, vom Lehr- und Lehrlingen bis zum Generaldirektor zu verstehen), muß den tatsächlichen Ertrag seiner Arbeit zu gleichen Teilen mit denen teilen, die am Produktionsprozeß nicht beteiligt sind, die nur Kapital im Betriebe haben oder sich irgendwie die Hände waschen. Die meisten dieser Leute führen in den internationalen Sammelplätzen und Redaktionen ein intensives Gesellschaften und haben von Lehn- und Industrie keine Ahnung. Erhalten aber durch Vermittlung ihrer Bank, durch die Börse oder auf sonstige Art und Weise jährlich hunderte Tausende in Gestalt von Dividenden. Diese Geldverwerfer müssen als Wirtschaftler in den Produktionsprozeß eingestellt werden.

Ob aber diese praktische Einsetzung aller Kräfte in die Wirtschaft und die Zerstückelung des Ertrages für das gesamte Volk mit Erfolg durchzuführen ist, hängt ganz von den Verhältnissen ab, unter welchen wir der Einführung der planmäßigen Wirtschaft, der Bedarfswirtschaft praktisch nähertreten.

Über noch andere hervorzuhebende Fragen sind in diesem Zusammenhang zu betrachten. Ich erwähne nur an den Preis- und Lohnabgaben, der vielleicht recht halb einzutreten wird. Das soll vorangehen? Der Preis- oder der Lohnabgabe? Gibt es vorangehende Preisabgaben ist die Industrie entzerrt. Und da bei dem heutigen wirtschaftlichen Verhältnis eine gewaltige Lösung sehr unwahrscheinlich ist, müße eine vorangehende Lohnabgabe zu erwägen.

Dem entsprechenden Lohn gutger und geben noch die Preise werden, und zwar so, daß der Lohnempfänger den Lohn verdient. Die Preise werden sich nach dem Markt und der Nachfrage richten. Die Preise werden immer größer, einzelne Reserven werden aufgebraucht, Staatszuschüsse werden notwendig. Ein vorangehender Lohnabgabe ist an diesen Gedanken kann gar nicht möglich. Lassen wir einmal den Gedanken der Arbeiter und die sich daraus ergebenden Schritte und Normungen ganz beiseite, so hätte eine solche Politik eine furchtbare Auswirkung im Gefolge, die dann wieder Wirtschaft bedenklich zum Stillstand bringen würde. Das obigen Überlegungen ist ersichtlich, daß eine Normung unserer Wirtschaft, daß eine Bedarfswirtschaft auch diese Lösung ist.

Es ist bedauerlich, daß die Arbeiter praktisch immer noch in die Wirtschaft gedrängt werden. Die jüngst mit großer Beachtung behandelte Sozialisierung, die drei Jahre lang „verwirklicht“, ist jetzt, nachdem sich die „Sozialisierungs-Kommission“ in Bielefeld

aufgelöst hat, irgendwo in der Wüste stecken geblieben und ihre Spuren nicht mehr zu sehen sind. Die Wälder sind bald verwahrt haben. Fürwahr, die große Zeit hat ein kleines Geschlecht gefunden. Und trotzdem, nie ist es zu spät. Verren wir aus Fehlern. Der Versuch der Wirtschaftsumgestaltung muß gemacht werden. Von seinem Gelingen hängt unsere und unserer Kinder Wohlfahrt ab.

Steiger Mang (Bier).

## Milliardengeschäfte der Großbanken

Nunmehr liegen die Geschäftsabschlüsse der deutschen Großbanken für das Jahr 1921 vor. Auf Grund dieses Materials läßt sich nur in großen Zügen ein Überblick gewinnen. Was schon das Studium und die Kritik der Großbankbilanzen in Friedenszeiten eine sehr schwierige Sache, die nur gewiegte Fachleute zu meistern verstanden, so ist sie unter dem Einfluß der Inflation noch mehr erschwert worden. Die Bilanzeng machen mit ihren Milliardenziffern auf den ersten Blick einen Sinnverwirrenden Eindruck. Was soll sich zum Beispiel der gewöhnliche Steuerliche vorstellen, wenn er hört, daß im vergangenen Jahre die Gesamtumsätze der Deutschen Bank die Grenze von 2 Milliarden Papiermark weit überschritten haben? Sie betragen nämlich genau 2125 Milliarden Mark gegen 1281 Milliarden Mark im Vorjahre. Bei der nächstgrößten Bank, der Diskonto-Gesellschaft, bracht das abgelaufene Jahr einen Umsatz von nahezu 1,5 Milliarden Mark gegen 840 Milliarden Mark im Vorjahre. Diese astronomischen Ziffern verlieren erheblich an volkswirtschaftlicher Bedeutung, wenn man bedenkt, daß sie zum allergrößten Teile durch die gerade im Jahre 1921 ins Ungemessene gestiegene Wertspekulation zustande gekommen sind. Die Banken haben trotz aller Warnungen sich in den Strudel der Spekulation, die im Jahre 1921 sehr weite Kreise des deutschen Volkes erfaßt hatte, hineinreißen lassen, sie haben dabei zwar selbst märchenhafte Gewinne erzielt, aber die enge Fühlung mit Handel und Gewerbe sowie die Herrschaft über den Geldmarkt zu einem großen Teil verloren.

Die größte deutsche Bank zählt heute in allen ihren Filialen und Depotskonten etwa 780.000 Kunden. In einer Zeit, wo das Publikum, das einstmal den Banken große Depotskonten betrugte, dazu übergeht, stärkere Kreditansprüche zu stellen, mag dieser riesige Kundentanz eher als un bequem er Walla zu empfinden werden. In der Mehrzahl der Fälle sind aus gläubigern Schuldner geworden. Die Bewegungsfreiheit der mit großem Filialnetz arbeitenden Institute ist beträchtlich eingeeignet. Das wird sich im laufenden Jahre in dem Maße immer unangenehmer bemerkbar machen, wie Handel und Gewerbe zur Vermeidung ihrer Umzüge der Unterstützung der ihnen nahe liegenden Banken mehr und mehr bedürfen. Diese gewaltige Vergrößerung des Kundentanzes ist nicht zuletzt die Ursache einer stark wachsenden Belastung der Banken mit Steueransprüchen und ähnlichen nicht immer erquicklichen Arbeiten. Wenn die Direktoren heute klagen, daß ihnen zu viele unproduktive Arbeiten aufgebürdet werden, so trägt daran nicht zuletzt die einseitige Bevorzugung des Effizienzfaktors die Schuld. Aus demselben Grunde ist auch das Meer der Bankangelegten beträchtlich vergrößert worden, zum Beispiel bei der Deutschen Bank von 17.508 auf 21.137 Personen. Hierbei hat man natürlich auf mangelhaft vorgebildete Kräfte aus allen möglichen Branchen zurückgreifen müssen. In den Geschäftsberichten der Banken wird besonders nachdrücklich auf die Steigerung der Verwaltungskosten hingewiesen. Diese erhöhten sich zum Beispiel bei der Deutschen Bank von 412,5 auf 744,9 Millionen, bei der Diskonto-Gesellschaft von 198,6 auf 391,2 Millionen, bei der Dresdener Bank von 233,4 auf 497,4 Millionen Mark. Diese Ziffern besagen an sich nicht viel, da es ihnen nicht zu ersehen ist, in welchem Ausmaße die Gehälter der eigentlichen Angestellten gestiegen sind. Als Verwaltungskosten sind bekanntlich auch die Gehälter und häufig sogar die Staatsleistungen der Direktoren und andere Ausgaben miteingerechnet worden. In Zukunft wird es die Aufgabe der Angestelltenvertreter im Aufsichtsrat sein, auf eine größere Detaillierung der Bilanz in dieser Richtung zu bringen. Überhaupt wäre es heute mehr denn je erforderlich, die einzelnen Bilanzposten bis in alle Einzelheiten aufzulösen. So wie die Abschüsse jetzt veröffentlicht werden, ermöglichen sie durchaus keinen Einblick in das Geschäftsgebaren der Banken. Es seien trotzdem die auf Millionen abgerundeten Gewinnziffern der einzelnen Institute hier zusammengestellt, um dem Leser wenigstens eine oberflächliche Orientierung zu ermöglichen.

Bank	Gewinn	1920	1921
Deutsche Bank	718	1159	186
Diskontogesellschaft	401	679	189
Commerz- und Privatbank	210	453	67
Dresdener Bank	423	835	144
Darmstädter Bank	264	578	58,5
Nationalbank	112	267	47
Württembergische Kreditbank	74	150	17
Berliner Handelsgesellsch.	78	152	37

an diesen Plätzen am 10. Juni d. J. 1922 gegen 23.012 am 27. Juni d. J. Die noch vorhandenen Arbeitslosen verteilen sich auf einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Großstädten. Es ist besonders interessant, die Zahl der unterstufen Erwerbslosen bei Beginn und Ende des ersten Halbjahres zu vergleichen:

Zahl der unterstufen Vollerwerbslosen:

Stadt	7. Januar	6. Mai	10. Juni
Altona	994	843	298
Groß-Berlin	58471	25381	6742
Breslau	4047	2574	2229
Dresden	3826	801	507
Hamburg	6074	3230	1990
Kiel	2984	1063	88
Königsberg	4396	590	287
Leipzig	4398	590	396
Münster	2659	209	51
Magdeburg	1415	409	220
München	2363	1035	561
Wien	1506	88	124
Stettin	821	280	185

Die auffallend starke Verminderung der Arbeitslosen in Groß-Berlin ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß in der letzten Zeit die Abwanderung nach der Provinz besonders rasch und sehr geringe Arbeitslosenziffern melden die Städte in den Provinzrevieren und in deren nächster Nachbarschaft. Selbstverständlich kommt in diesen Ziffern nur ein Teil der Arbeitslosigkeit in Betracht, zum Beispiel Kurzarbeit und Feiertagsarbeiten nicht berücksichtigt. Immerhin ist aber das Gesamtbild im Vergleich zum ersten Monat des Jahres und erst recht im Vergleich zu den Jahren 1920 und 1921 ein günstiges.

## Zur Kritik der Kritiker des Dresdener Tariffsystems

Vom Kollegen Karl W. (Stuttgart) erhalten wir eine Erwiderung auf den Aufsatz des Kollegen W. (Stuttgart) über das Dresdener Tariffsystem und seine Kritiker (in Nr. 27 der M. Z.).

Kollege W. gibt zu, daß das System nichts Neues ist, da das Prozentsystem besser wie ihr (der Dresdener) seitiger Leistungsmodus ist und bestreitet, daß meine Ausführungen in Bezug auf die Arbeitslosigkeit richtig wären. Es ist schließlich nicht nur mein gutes Recht, sondern auch meine geschäftliche Pflicht, nachdem in der Öffentlichkeit großer Spektakel mit der Sache gemacht wird, darauf hinzuweisen, daß das System an sich nichts Neues, sondern etwas längst Bekanntes ist, und daß die Dresdener Bestimmungen eine Reihe von ungünstigen Positionen aufweisen.

Es fällt mir nicht ein, den Dresdener Kollegen oder ihrer Geschäftsleitung irgendwelchen Vorwurf zu machen oder sie zu schelten, weil sie dieses System eingeführt haben. Ich bin von vornherein überzeugt und kenne die Dresdener Funktionen zu gut, als daß ich nicht selbst wüßte, daß wenn die neuen Vereinbarungen in der Form und Inhalt nicht besser wären als die alten, so sie sicher nicht angenommen hätten. Aber deshalb, daß ihre Vereinbarung besser ist als die früheren, braucht sie noch lange nicht gut zu sein und kann ungeachtet dessen eine Reihe von Mängeln und Fehlern aufweisen, auf die man erst durch die Erfahrung sieht und die zu vermeiden und zu beseitigen man bestrebt sein soll. Was Kollege W. schreibt, ist im allgemeinen ganz richtig und wäre über das Dresdener System in der Form und Erläuterung des Kollegen W. in Nr. 27 geschrieben worden, dann würde vielleicht auch ich keine Buchstaben zu dieser Sache geschrieben haben. Aber über die Ausführung in Nr. 13 und 22 liegt und die Sache selbst kennt, der muß sich dazu äußern, wenn er in der Lage ist, auf Grund gemachter Erfahrungen die Dinge zu kennen.

Nun der eine Punkt zur Frage der Arbeitslosigkeit. Hier muß ich auch der Kritik des Kollegen W. nicht beistimmen. Peterhan schreibt ausdrücklich: „Das Dresdener System stellt die Leistungsfähigkeit an die Spitze des Arbeitvertrages.“ Sein Grundgedanke lautet: „Die Arbeitsleistung, geleistet normal leistungsfähige 24jährige Arbeiter werden mit 100 v. H. bewertet.“ Es ist nicht einerlei, ob ein Tariffsystem ausgeht von Einstufungen oder ob es ausgeht von der Arbeitsleistung des gelerntem normal leistungsfähigen Arbeiter. Nach der Ausführung von Peterhan und Liebe ist die Ausgangsziffer 100 v. H. Meine praktische Erfahrung nach bedeutet das von vornherein eine bestimmte Begrenzung der Höchstlöhne, selbst wenn man zuweisen ist, daß Hunderte oder Tausende von Kollegen auf 100, 110, 120 und 130 v. H. kommen. Nähere Erläuterungen darüber sind unseren Funktionären gegenüber wohl überflüssig.

Was ich aber zur Frage der Arbeitslosigkeit geschrieben habe, daß das Dresdener System Arbeitskräfte festlegt, bestätigt W. P. ja selbst, indem er den Abs. 6 q zitiert. Gerade weil ich diesen Absatz im Tarif gelesen habe, deshalb bin ich zu meinen, von W. P. im vollen Umfange befähigt, wenn auch beschränkten Ausführungen gekommen für die Gruppe der Gelehrten gilt die Bemessung der Arbeitspreise ohne Altersunterschied, für die Gruppe der Angelernten und der Arbeiterinnen gelten jedoch Alterspreise, die jeweils entsprechend der Altersklasse der den Tarif ausführenden Arbeiter prozentual gestaffelt sind. Es wäre ja sonst auch wünschenswert, die gestaffelten Alterspreise in den Tabellen anzuführen, wenn sie keinen Wert hätten und auch nicht zur Berechnung dienen würden. Es ist aber unrichtig, wenn bei Arbeitern, die Arbeiter verschiedener Altersklassen fertigen — gleichgültig, ob sie Gelehrte, Angelernte oder Arbeiterinnen sind —, ein verschiedener Alterszuschlag zugrunde gelegt wird, weil dann unbedingt bei gleicher Leistung des jüngeren er im Verdienst gegenüber dem älteren, etwas weniger leistungsfähigeren Arbeiter zurückgesetzt wird.

Ich habe deshalb von meinen Seiten in Nr. 27 kein Wort hinzuzugewinnen. Es bleibt bei dem, das System ist nichts Neues, in anderen Verbänden und anderen Bezirken längst da und dort eingeführt. Das System vereinigt die Lohnbewegung nicht, nach wie vor wird der Kampf zu führen sein, ob um die einzelnen Fälle oder um die Ausgangsziffer. Im ersteren Falle wie im letzteren lassen sich prozentual oder andere Formen finden, die noch lange nicht notwendig machen, daß um jede einzelne Position lang und breit gestritten wird; und manchmal ist letzter Endes ein solcher Streit gar nicht überflüssig, weil er oft erst die Gelegenheit gibt, Unternehmern und Gewerkschaften zu befeuern oder Förderungen einzelner Altersklassen mit durchschlagenden Gründen zu vertreten.

## Das Recht der Gewerkschaft gegen Streikbrecher

Die Gewerkschaft der Spitzenarbeiter in Frankreich hatte im vergangenen Jahre in einem Lohnkampf den Streik beschließen. Viele Mitglieder wollten jedoch die Arbeit nicht einstellen. Gegen diese hat nun die Gewerkschaft beim Gerichtshof von Lyon eine Klage zur Verurteilung eines Streikbrechers erhoben, der die Nichtbefolgung des Beschlusses der Gewerkschaft einen erheblichen Schaden zugefügt hat. Der Gerichtshof hat den Anspruch für gerechtfertigt und den Streikbrecher zur Zahlung von je 100 Franken Schadenersatz an die Gewerkschaft verurteilt. In der Begründung des Urteils heißt es u. a.: „Der Gewerkschaftler, indem er sich der Statuten der Gewerkschaft unterwirft, verpflichtet sich, die regeltätig gefassten Beschlüsse zu befolgen und demgegenüber hat die Gewerkschaft denselben die Pflicht zur Schadenersatzleistung zur Folge. Eine Einschränkung der persönlichen Freiheit liegt hier nicht vor, da der Beitritt in die Gewerkschaft der Arbeiter frei ist, ein Zwang hierzu ist nicht vorhanden. Das Verhalten der Gewerkschaftler hat die Gewerkschaft sowohl moralisch wie auch wirtschaftlich geschädigt, ihr Ansehen gemindert und die Interessen, deren Vertreter sie ist, geschädigt. Der Mangel an Disziplin innerhalb einer Gewerkschaft führt den Widerstand der Gegenpartei und verlängert nur den Arbeitskampf.“ Dieses interessante Urteil des Gerichtshofs (so bemerkt die Zeitschrift „Le Producteur“, aus der wir es entnehmen) ist geeignet, einer neuen Rechtsprechung die Bahn zu brechen.

## Der Arbeitsmarkt im Juni

Sowohl die Gesamtlage des deutschen Arbeitsmarktes im Juni nach dem Bericht der Reichsarbeitsämter bisher übersehen läßt, ist ein weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit und in den meisten Reichsteilen eine Zunahme der Vermittlungen eingetreten. Besonders stark Aufschwung stellt die Landwirtschaft für die Gewerke, Kisten- und Kartoffelbearbeitung und für die Vorbereitungen zur Getreidemähe. Der Bergbau hat in allen seinen Zweigen großen Bedarf an Arbeitskräften, der jedoch bei weitem noch nicht gedeckt werden kann. Auch Bergbau, und in das mittlere Industriegebiet werden verschiedene Eisenwerke von Berg- und Hüttenbetriebe aus dem Polen abgeleiteten Gebiet überschüssigen Gewinns. Die weiterverarbeitende Industrie ist durchweg im letzten Monat beschäftigt und zeigt Nachfrage nach Arbeitskräften. Des gilt im besonderen Maße von der Textil- und Maschinenindustrie, dem Bergbau, Holzgewerbe und der Textilindustrie. Nach den für 367 bediente Städte (über 10.000 Einwohner) vorliegenden Meldungen betrug die Gesamtzahl der unterstufen Vollerwerbslosen

# Reichskonferenz für die Wagenbau- und Karosseriebetriebe

Am 2. Juli tagte im Gewerkschaftshaus in Berlin eine Reichskonferenz für die Wagenbau- und Karosseriebetriebe. Diese war beauftragt von Vertretern des Metall-, Holz-, Maler- und Sattler-Verbandes und von Vertretern der Vfa. Die Konferenz ist aus Anregungen der beteiligten Kreise entstanden und sollte beraten, wie den Interessen der in Wagenbau- und Karosseriebetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten am besten gekehrt werden kann.

Den einleitenden Vortrag hatte Eggert vom DWA. Um einen greifbaren Erfolg auf der Konferenz zu erzielen, hatten die beteiligten Verbände eine statistische Erhebung veranstaltet, deren Ergebnis von dem Redner vorgetragen wurde. (Die Metallarbeiter-Zeitung hat aus der Statistik in Nr. 24 einen Auszug gebracht.) Am Schluß seiner Ausführungen betonte der Redner, daß die Konferenz wohl eine Klärung umstrittener Dinge, aber keine Lösung des künftigen Organisationsproblems und auch keine sofortige Änderung der bestehenden Tarifverhältnisse bringen könne. Redner schlägt vor, für die Wagenbau- und Karosseriebetriebe eine Zentralkommission zu wählen und dieser die Aufgabe zuzuwenden, einschlägiges Material zu sammeln, Informationen mit den in den einzelnen Industriezweigen zu bildenden Kartellen auszutauschen und die Verbandsvorstände sachlich zu beraten. Während des Referats sind eine Anzahl Anträge eingelaufen. Leipzig beantragt, alljährlich eine Konferenz abzuhalten und eine Reichsliste für die Wagenbau- und Karosseriebetriebe zu bilden; Breslau legt eine Entschließung vor, wonach sämtliche in Wagenbau- und Karosseriebetrieben Beschäftigten in eine einheitliche Industriearbeiterorganisation zusammengefaßt werden sollen. Von Kramer (Leipzig) wird ferner beantragt, die Organisationsumstellung zu erörtern. Weil (Frankfurt) beantragt die Bildung von Wagenbauartikeln, um ein einheitliches Zusammenarbeiten zu erzielen.

Die Ausdrucksweise war durchaus sachlich und bewegte sich in der Hauptsache um die von Eggert vorgeschlagene Zentralkommission, die Errichtung von Kartellen für die Karosseriebranche, die Löhne und Tarifverhältnisse in den Betrieben und um ein zweckmäßiges Zusammenarbeiten der verschiedenen Berufe.

In der Aussprache nimmt zunächst das Wort Gentzschel (Berlin), DWA, der einen kurzen Rückblick auf die erste Reichskonferenz der Schmiede gibt und die Statistik kritisiert. Immerhin habe diese eine bessere Führung mit den anderen Organisationen gebracht, die geknüpften Fäden dürfen nicht mehr zerreißen.

Gerhard (Berlin), Sattler-Verband, verweist auf eine Erhebung des Sattler-Verbandes und ist der Ansicht, daß der einzelne Berufsverband besseres Material zusammenbringe. Dieses müßte der zu wählenden Kommission als Unterlage dienen. Die Schaffung eines Reichstariifs sei nicht möglich, schon nicht, weil die Karosseriebetriebe als Hilfsindustrie mit anderen Betrieben eng verknüpft seien.

Kersten (Köln), Holzarbeiter-Verband: Die Frage einer Organisationsumstellung kann nicht besprochen werden, ein betriebliches Ergebnis wäre auch nicht zu erzielen. Wir müssen zu einem greifbaren Ergebnis kommen und durch Schaffung einer Zentralkommission den Grundstein legen, worauf wir weiterbauen können.

Marshall (Breslau), DWA: Wir müssen durch Bezirksstarke zu einheitlicheren Löhnen kommen, die zu wählende Kommission muß die Lohnzahlen sammeln und bekanntgeben.

Kreidler (Stuttgart), Sattler-Verband: Die Löhne der Metallarbeiter in Süddeutschland sind so niedrig, daß wir uns nicht damit zufrieden geben konnten und versuchen mußten, für unsern Beruf zu höheren Löhnen zu kommen. Von einem Reichstarif sind wir noch weit entfernt. Eine Zentralkommission ist notwendig und zweckmäßig, mit dem von Gerhard vorgeschlagenen Sitz in Berlin ist Redner einverstanden.

Exler (Mannheim), DWA: Die Zustände im Wagen- und Karosseriebau (sowie in Industriezweigen). Die Masse steht auf dem Standpunkt, daß diese kommen müssen. Der „Zunftsgeist“ muß verschwinden. Die maßgebenden Kollegen müssen darauf hinwirken, daß die Reichsindustrie dem wirklichen Sachverhalt besser entsprechen. Die Abwärtstendenz der verschiedenen Organisationen in den Wagen- und Karosseriebetrieben muß unterbleiben, der oberste Grundsatz muß werden, alle zu organisieren. Für das Gewerbe sollte ein Paritätentarif angesetzt werden, damit wäre viel gewonnen. Die Löhne können durch geregelt werden, doch müssen die rückständigen Gegenden an andere bessere herangebracht werden. Innerhalb der Betriebe müssen die Löhne einheitlicher werden. Die großen Lohnunterschiede der gelerntten müssen ausgeglichen werden.

Greifing (Berlin), DWA, spricht für Bezirksstarke und Schaffung eines Kartellverhältnisses.

Wolf (Berlin), DWA, ist für ständiges Zusammenarbeiten, der Zentrale darf nicht überlassen bleiben, wie sie handeln soll. Die Vertriebsräte haben die Pflicht, der zu bildenden Zentrale alles wichtige Material zu überweisen.

Schirmelker (Leipzig), Maler-Verband: In allen Städten müssen Kartelle gebildet werden, die mit der Zentrale in Verbindung treten. Tarife dürfen nicht von einzelnen Branchen abgeschlossen werden. In bezug auf Industrieorganisationen dürfen wir uns nicht auf die Vorstände der Verbände verlassen.

Müller (Mannheim), Holzarbeiter-Verband: Die Spitzorganisationen müssen die Löhne in bestimmter Industriezweigen einheitlich gestalten. Die zu bildende Kommission muß ihren Sitz in Berlin haben.

Leitner (Wien), DWA: An einen Reichstarif ist in diesen bewegten Zeiten nicht zu denken. Ein Haupthindernis wird auch der Widerstand der Unternehmer sein. Aber die Vorbereitung muß planmäßig Erhebungen stattfinden; eine weitere Aufgabe der Zentrale ist die Verteilung der Arbeitskräfte im Reich.

Eggert (Stuttgart), DWA: Ein arbeitsfähiges Instrument in unsere Gewerkschaftsbewegung einzubauen, ist sehr schwierig. Die Branchenteller der wichtigsten Orte des Karosseriebaus müssen eine Zentrale bilden, aber Hand in Hand mit den Organisationen. Statistische Erhebungen können nur durch die Organisationen vorgenommen werden. Diese müssen überhaupt alle Fäden in der Hand behalten.

Larnow (Berlin), Holzarbeiter-Verband, ergänzt die Ausführungen des Vorredners und weist auf die Richtlinien des DWA hin für die Zusammenarbeit der Verbände und über die Bestimmung der einzelnen Verbände zu selbständigem Vorgehen. Die Kollegen, die selbständiges Handeln der Kommission verlangen, beachten ihre Verbindlichkeit nicht. Entscheidungen über die Spitze der Zentralvorstände hinweg kann die Kommission nicht treffen; diese kann nur beratende Körperlichkeit sein.

Kramer (Leipzig) ist für eine Zentralkommission, jedoch nicht im Sinne des Vorredners. Die Vorstände müssen dem Willen der Kollegen Rechnung tragen.

Nach den Ausführungen einer Reihe weiterer Redner wird folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Um die notwendige gewerkschaftliche Zusammenarbeit in den Wagenbau- und Karosseriebetrieben mehr als bisher herzustellen, hält die Konferenz die Bildung von besonderen örtlichen oder bezirkslichen Kartellen zwischen den beteiligten Verbänden für erforderlich. Aufgabe dieser Kartelle ist es, die örtliche Einheitlichkeit, insbesondere bei Lohnbewegungen herzustellen.

Um die Einheitlichkeit der Bewegung innerhalb des ganzen Reichsgebietes zu fördern, wird aus den beteiligten Verbänden eine Zentralkommission eingesetzt. Diese Zentralkommission mit dem Sitz in Stuttgart soll aus je zwei Vertretern der Verbände der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Maler und Sattler sowie einem Vertreter des Vfa-Bundes bestehen.

Aufgabe der Zentralkommission ist es, einschlägiges Material zu sammeln, Informationen mit den örtlichen Kartellen auszutauschen und die Verbandsvorstände sachlich zu beraten.

Die Zusammenfassung der Kommission ist folgende: Von den beteiligten Verbänden wird je ein Vertreter bestimmt; gewählt werden von den Metallarbeitern Heinrich Schmidt (Frankfurt a. M.), von den Holzarbeitern Aden (Heilbronn), von den Malern Flug (Frankfurt a. M.), von den Sattlern Kreidler (Sindelfingen-Stuttgart). Die Vfa wird ihren Vorschlag noch bekanntgeben.

Eggert (Stuttgart) betont im Schlußwort den harmonischen Verlauf der Konferenz, der eine gute Vorbedeutung für das gemeinsame weitere Wirken ist. Angesichts der Zusammenballung des Kapitals und angesichts der immer schärfer werdenden Lohnbewegungen ist gemeinsames Arbeiten mehr als jemals nötig. Handeln in diesem Sinne bedeutet Fortschritt und Nutzen für alle in Wagenbau- und Karosseriebetrieben Beschäftigten.

# Zweite Konferenz zur Besprechung von Fragen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit

Diese Konferenz war, wie schon aus der Einladung zu ersehen war, keine Jugendkonferenz, in der die Jugend ausschlaggebend vertreten war, sondern es waren die in der gewerkschaftlichen Jugendbewegung tätigen Funktionäre, junge und alte, vertreten. Die Kasseler Konferenz im Vorjahre ging fastern an das schwierige Gebiet der Jugendbewegung heran, sie leistete wichtige Vorarbeiten, die auf der diesjährigen Konferenz am 18. und 19. Juni in Leipzig zu greifbaren Ergebnissen führten. Von den Beschlüssen der Leipziger Tagung wird die zukünftige gewerkschaftliche Jugendarbeit wesentlich beeinflusst sein.

Schon die Beschaffung der Konferenz bewies das erhöhte Interesse, welches die Gewerkschaften der Jugendbewegung entgegenbringen. Die Gewerkschaften verfügen über 464.000 Jugendliche, davon entfallen allein auf unseren Verband 220.000, das sind 18,8 v. H. der Gesamtjugendzahl. Einem gleich hohen Prozentsatz weist der Buchbinderverband auf. Der Vfa-Bund zählt 22.000 Jugendliche. Diese Zahlen teilt Reichsjugendleiter Maschke (Berlin) in seinem Bericht mit. Somit war der Wunsch der Kasseler Konferenz nach einer zufriedenstellenden Statistik erfüllt.

Die Konferenz beschloß nach reiflicher Aussprache, dem Jugendsekretär einen Weirat, bestehend aus Vertretern der 14 Industriezweige, zur Seite zu stellen. Ein Beschluß, der sich für alle Fälle sehr praktisch erwies, konnten ihm doch nachher alle unentfesselten Anträge überwiesen werden. Hoffen wir, daß der Weirat die ihm überwiesenen Arbeiten zur vollen Zufriedenheit der Mandatgeber erledigen wird.

Aber die „Kriegsstellung“ des Lehrlingsrechts und die notwendigen Änderungen der Gewerbeordnung sprachen unser Kollege Meißner (Berlin). Er behandelte eingehend alle einschlägigen Fragen. Soll das Lehrlingsrecht eine grundlegende Änderung erfahren, so ist die Änderung der Gewerbeordnung dringender erforderlich. Das jetzt in der Gesetzesmühle befindliche Lehrlingsgesetz muß die ganze Frage einheitlich regeln. Es ist auch nötig, den Einfluß der Innungen und Handwerkskammern gründlich zu brechen. Eine fruchtbare Diskussion lieferte noch mancherlei wichtiges Material zu der kritischen Frage, das von Weirat und Jugendsekretär entsprechend verwendet werden wird.

Große Bedeutung kommt dem Referat des Ingenieurs Fröhlich vom Bund technischer Angestellten und Beamten zu. Er teilte die Lehre in drei Gebiete: Meisterlehre, Fabriklehre, darunter fallen die privaten Lehrwerkstätten; ferner die staatlichen Lehrwerkstätten. Für die drei Hauptarten erörterte er gründlich das Für und Wider und zog den Schluß, daß die Betriebslehre am besten geeignet sei, eine gründliche Berufsausbildung zu vermitteln. Die Lehrlinge kleinerer Betriebe müßten die Möglichkeit haben, an dieser Lehre teilzunehmen. Vorläufig hat auch diese Ausbildungsart große Schattenseiten, sie dürfen nicht außer acht bleiben und können wesentlich gemildert werden, wenn die Gesellen ihren Einfluß geltend machen, ganz besonders bei der Auswahl der Lehrkräfte. Der Ausbildung in der Lehrwerkstatt muß die Ausbildung im Betrieb folgen. Reicher Beisfall lohnte die Ausführungen des Redners.

Den Entwurf eines Programms für die gewerkschaftliche Jugendarbeit besprach Dr. W. W. Döwenberg und die Musterfahrungen für gewerkschaftliche Jugendkartelle Kollege Pfeiff vom DWA. Die Kasseler Konferenz hatte eine Studienkommission eingesetzt, die den Entwurf und die Musterfahrungen vorarbeiten sollte. Dies war geschehen und die Referenten empfahlen nach eingehenden Erläuterungen deren Annahme. Nach geringfügiger reaktioneller Änderungen wurden die Anträge gegen wenige Stimmen angenommen.

Ein Streit entstand über den Reichsausschuß der Arbeiterjugendorganisationen. Die Tatsache, daß die kommunistische Jugend zu dem Reichsausschuß nicht zugelassen ist, der Grund der Nichtzulassung ist die gegenvergesellschaftliche Agitation der Kommunisten, führte zu dem Beschluß, dem Weirat die Frage zur Weiterverfolgung zu überweisen und der nächstjährige Kongress soll einen endgültigen Beschluß fassen. Es wurde einstimmig als wünschenswert erachtet, der Banapfel aus der Welt zu schaffen.

Kollege Wilhelm behandelte noch die Frage der Ortsjugendkartelle. Die Kleinarbeit und die Organisationsarbeit am Ort ist die Grundlage unseres Erfolges. In der Praxis haben wir reiche Erfahrungen gesammelt und unsere Einrichtungen werden allgemein als nachahmenswert angesehen. Das darf uns aber nicht ruhen lassen, noch mehr als jetzt müssen wir uns der Jugendausbildung und der Jugendzucht widmen. Hier kommt es auf die rege Mitarbeit der Jugendlichen und der Älteren an. Es darf nie außer acht gelassen werden, daß der Lehrling von heute der Kampfgenosse von morgen ist, volles gegenseitiges Vertrauen ist vonnöten.

Die Leipziger Tagung hat der gemeinsamen gewerkschaftlichen Jugendarbeit Ziel und Richtung gegeben, immer klarer fähig sich der Kern unseres Strebens heraus und ein Instrument entwickelt sich, das der Jugend Stütze und Kraft verleiht. Größer wird die Schär der begeistertsten Mitarbeiter, größer das Verständnis für die Jugend und ihre Lage und größer das Vertrauen der Jugendlichen selbst zu ihren eigenen Verbänden. Die dünnen Agitationsphrasen, die die Jugend mit magere Argumenten für bestimmte Zwecke einfangen sollen, finden bei unserer gewerkschaftlichen Jugend immer weniger Gehör. Das war das Ergebnis der Leipziger Tagung, daran änderte auch der Arm einiger von unverantwortlichen Hintermännern ausgezogener Jugendkollegen nichts. Die gewerkschaftliche Jugendpflege schreitet vorwärts und Leipzig war ein Markstein auf ihrem Weg.

# Zur Lage der Zechenmetallarbeiter

In den letzten Wochen hat sich die Öffentlichkeit mehr als bisher mit der Lage der Zechenarbeiter beschäftigt. Die Kohlenförderung ist gesunken und eine Abwanderung der Zechenarbeiter nach anderen Industriezweigen zu verzeichnen. Besonders sind es gelernte Handwerker, Zechenmetallarbeiter, die die Grubenbetriebe verlassen und in der Metallindustrie Arbeit nehmen. Diese Abwanderung beträgt in manchen Verwaltungskreisen des Ennsfelder Braunkohlenreviers mehr als 10 v. H. Auf einer Reihe von Gruben ist es deshalb nicht mehr möglich, die notwendigen Reparatur- und Handwerkerarbeiten auszuführen, so daß die Kohlenförderung leidet. Der Grund für das Abwandern der Zechenarbeiter ist ihre ungenügende Bezahlung gegenüber anderen Berufen und den angeleiteten und unangeleiteten Arbeitern im Bergbau. Auf der Konferenz der Zechenmetallarbeiter, die am 11. Juni in Görlitz tagte, wurde festgestellt, daß auf der Grube Ise bei Senftenberg der über 21 Jahre alte gelernte Handwerker in der Werkstatt 16,87 M die Stunde, der Angeleitete 16,61 bis 16,87 M, Züngerfänger, welche ebenfalls als Angeleitete gelten, sogar nur 16,93 M und Ungeleitete 15,85 bis 16 M erhalten. Diese Löhne sind bis zu 1 M höher als die am 20. April tariflich vereinbarten ohne soziale Zulagen. Selbst bei Anrechnung der sozialen Zulagen wird man den Betrag der Löhne, welche erst am 16. Juni durch eine Schlichtung von 2,50 M die Stunde erhöht wurden, als äußerst niedrig betrachten müssen und die Abwanderung nach der Metallindustrie verstehen. Um die Betriebe im Bergbau aufrecht zu erhalten, werden nun von den Grubenherren immer mehr Überstunden verlangt, so daß die 10- bis 12stündige Arbeitszeit heute ziemlich hart verbreitet ist.

Beschwerde wird auch geführt über die schlechte Ausbildung der Lehrlinge, die zwar in größerer Zahl eingestellt werden, aber meist wenig in ihrem Handwerk lernen können, sondern zu anderen Arbeiten benutzt werden. Nach Ableistung der Lehrzeit müssen diese jungen Gesellen oft im Abraum des Bergwerks arbeiten, da ihre Ausbildung und die Wohnungsnot ihnen wenig Gelegenheit gibt, sich ihrem Handwerk weiter zu widmen.

Beklagt wird in einzelnen Zeilen des Bergbaues über das schlechte Verhältnis der Zechenarbeiter zur Zechenverwaltung zu den Mitgliedern des Metallarbeiter-Verbandes. Nach den Mitteilungen unserer Kollegen wird versucht, Mitglieder unseres Verbandes zum Beitritt in den Zechenarbeiterverband zu bewegen. Man weiß auf den niedrigeren Beitrag der Zechenarbeiter hin. Zu den Reichskonferenzen der Zechenarbeiter werden Zechenmetallarbeiter nicht zugelassen und auch die Vertretung der Zechenmetallarbeiter bei den Lohnverhandlungen im Bergbau als zu gering erachtet. Die anfangs erwähnte Konferenz der Zechenmetallarbeiter verlangte deshalb vom Deutschen Metallarbeiter-Verband, daß für eine stärkere Vertretung der Metallarbeiter bei den zentralen Verhandlungen sowohl wie in den einzelnen Revieren gesorgt wird, andernfalls die Abschlüsse für die Metallarbeiter selbständig vorzunehmen seien. Ohne alle Wünsche der Zechenmetallarbeiter unter den heutigen Verhältnissen als durchführbar zu erachten, muß doch die Forderung der besseren Entlohnung aller Zechenarbeiter, insbesondere der gelernten Handwerker als berechtigt anerkannt werden, schon um dadurch die Abwanderung und Verminderung der Kohlenförderung zu unterbinden. Ebenso der Widerstand gegen das Verlangen der Grubenherren auf Verringerung von 10- bis 12stündiger Arbeitszeit gutzuheißen. Die Zechenmetallarbeiter, die im Bergbau beschäftigt werden, können auch eine angemessene Vertretung ihrer Interessen bei den zentralen Verhandlungen und in den einzelnen Revieren verlangen und es wird erwartet, daß der Vorstand die notwendigen Schritte dazu einleitet, da sonst der Unwille der Handwerker über den jetzigen Zustand im Abwandern und Entlohnungssystem zu verstärkter Abwanderung und schließlich zu wilden Bewegungen führt. Das Verhältnis zum Zechenarbeiterverband und anderen Organisationen wird ebenfalls vom Vorstand im Auge behalten werden müssen.

Pflicht der Zechenmetallarbeiter aber ist es, ihrerseits gegenüber dem unberechtigten Verlangen der anderen Verbände die Interessen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu wahren, der ihre Berufsinteressen so nachdrücklich wie nur möglich vertritt, bis eine endgültige Vereinbarung über die Schaffung von Industrieverbänden vorliegt.

# Brügelstrafe in der Siegener Maschinenfabrik Eisenfeld (Abt. Hoffmann)

Uns Siegen wird uns von gut beglaubigter Seite folgender unerhörte Fall mitgeteilt:

Der schmerzliche Beschädigte Arbeiter K. D., der durch sieben Schuß schwer verwundet ist, war einen Tag erschuldigt von der Arbeit ferngeblieben. Als er die Arbeit wieder aufnehmen wollte, wurde ihm vom Meister Scherlich die Kündigung ausgeprochen. Da K. D. meinte, die Kündigung sei zu Unrecht erfolgt, enthielt zwischen beiden ein Wortwechsel. Es stellte sich dann noch von einer andern Abteilung der Meister Schürte ein. Beide Meister haben den Schwerkriegsbeschädigten gestochen und geschlagen, wobei sie sich eines Fahrens bedienten. Durch die Mißhandlung war der Schwerkriegsbeschädigte gezwungen, einen Arzt in Anspruch zu nehmen, der eine Verletzung des Trommelfells feststellte.

Nun sollte man vermuten, daß heutigtags eine Belegschaft, wenn sie verärgert hat, ihren Vorgesetzten die nötige Erziehung beibringen, es sofort nachholen, daß der Betriebsrat nachdrücklich auf die Beseitigung der schlagfertigen Meister dringen werde. Keine Spur. Der Betriebsobmann Euteneuer, der den Christlichen Metallarbeiterverband als Mitglied ziert, erklärte, daß in dieser Sache nicht viel zu machen sei. Es wurde aus der Belegschaft heraus beantragt, auf Entlassung der beiden Meister zu dringen, andernfalls die Arbeit niederzulegen sei. Der christliche Gemeindevorstand mit einem Betriebsratsobmann ließ nicht einmal über diesen Antrag abstimmen. Ähnlich handelte er einen andern Antrag, dem Hauptaktionär Weiß dieses Vorkommnis zu unterbreiten.

Soweit die Aufschrift aus Siegen. Dazu möchten wir bemerken, daß die Arbeiterschaft selbst daran Schuld zu sein scheint, daß ihr prügelnde Meister und ein den Willen seiner Kollegen mißachtender Betriebsobmann noch nicht durch das Vorgehen des Zimmermanns gejagt worden sind. Sie brauchen nur die Mittel anzuwenden, die ihr Gesetz, Verband und das Gebot der Sittlichkeit geben, um Abhilfe zu erzielen. Und daß die Kollegenhaft diese Mittel besonders für kriegsbeschädigte Selbstgenossen anzuwenden hat, ist selbstverständlich. Sie selbst hat ihre Sache zu verteidigen, nicht aber die Hoffnung auf einen Hauptaktionär zu setzen, wenn sie sich herbe Enttäuschung erfahren will.

Im übrigen möchten wir die Aufmerksamkeit der Gewerkschaft auf diesen vorwärtlichen Musterbetrieb richten. Sie würde dort vieles zu rügen finden, müßte auf Beschaffung einer Vorkonferenz für die 200 Mann dringen, müßte eine ausreichende Zahl von Aufsichtspersonen verlangen, müßte für eine genügende Ventilation in der Schmiede sorgen. Daß solche Mißlichkeiten heute noch öffentlich gerügt werden müssen, läßt eine nachlässige Kontrolle dieses Betriebes vermuten. Wir glauben, daß diese paar Zeilen schon genügen, um die Gewerbeinspektion zu veranlassen, nach dem Rechte zu sehen.

Schriftleitung.

# Meibet Rumänien!

Wir erhielten in letzter Zeit wiederholt Anfragen, ob es tunichtig sei, Stellung in Rumänien anzunehmen. Aus den Schreibern ging hervor, daß von Rumänien aus als auch in Deutschland eifrig um deutsche Kollegen geworben wird. Wir konnten nur zu äußerster Vorsicht raten. Jetzt nun läßt sich die Ursache dieses Werbens auf das Sekretariat des Internationalen Metallarbeiterbundes beziehen vom Vorstand des rumänischen Eisen- und Metallarbeiter-Verbandes in Klausenburg die Mitteilung, daß sich Rumänien Eisenarbeiter in schweren Kämpfen befinden. Die Unternehmer verlangen Verlängerung der Arbeitszeit, Lohnkürzung und Einschränkung der Arbeit. In den Städten Satu Mare (Satmar) und Trajoo (Trajoo) wurden 4- bis 5000 Arbeiter ausgepresst. Nach vier Wochen harten Kampfes gelang es der Arbeiterschaft, den Ansturm der Unternehmer abzuwehren.

Die rumänischen Kollegen beklagen sich, daß ihr Kampf durch die Anwerbung ausländischer Arbeiter sehr erschwert werde und esuchen dringend um Werbeprospektus und Arbeitsaufnahme in Rumänien. Neuerdings haben die Maschinenfabriken Schiele in Kronstadt und die Firma P. R. in Satmar sowie andere nach Deutschland, Ungarn, der Tschechoslowakei und Österreich Agenten behufs Anwerbung von Arbeitern ins Ausland geschickt. Von Kronstadt aus wurde ein gewisser Ingenieur Pauli zur Anwerbung von Arbeitern ins Ausland geschickt.

Wir wiederholen daher, was wir schon in den Antworten auf die Anfragen gesagt haben: Ohne vorherige Verständigung mit dem rumänischen Verbandsleitung in Klausenburg sollte in Rumänien keine Arbeit angenommen werden.

# Die geschlagenen Selben

Während des süddeutschen Metallarbeiterstreiks machte der Deutsche Arbeiterbund (Selbe) große Anstrengungen, in Würtemberg mit ihrer Organisation Fuß zu fassen. Selbmittel wurden reichlich aufgewendet und mit Flugbüchsen und Notizen in der bürgerlichen Presse die Streikenden überschüttet. Sie gaben es ganz besonders auf die Kaufleute der Unorganisierten ab, die aus Mißstimmung über den verachteten Steuergeneralstreik des Jahres 1920 dem Verband den Rücken gekehrt hatten, besonnengeachtet aber im letzten Streik unter den größten persönlichen Entbehrungen mit bis zum Ende im Kampfe ausgehalten haben. Die Selben machten allerlei Versprechungen und zahlten den Unorganisierten nach Eintritt in den Arbeiterbund Unterstützungen. Ihre Forderung war angeblich die Bestimmung Robert Vösch, Stuttgart. Die jetzt klagelose Betriebsratswahl bei Vösch hat gezeigt, wie dürftig das gelbe Unternehmerpfandwesen ist. Auf die Liste der freien Gewerkschaften entfielen 1924 21 Stimmen und 15 Vertreter, während die Selben es auf 123 Stimmen und keinen Vertreter brachten. Während des Streiks behaupteten sie, die Laufende hinter ihnen stehenden Arbeiter hätten es satt, sich von den freien Gewerkschaften terrorisieren zu lassen. Wo die Laufende stehen, hat diese Wafl bewiesen.

### Generalversammlung der Großverkaufsgesellschaft

In Anschließung an die Verhandlungen des Genossenschaftstages, der jüngst in Eisenach stattfand, hielt die GVG ihre Generalversammlung ab. Den Geschäftsbericht erstattete Geschäftsführer Hermann Lorenz, Gumburg. Der Geschäftsabgang der GVG stand natürlich auch unter der Einwirkung der Reparationslasten. Warenmangel ist die Signatur unserer Wirtschaft. Dazu kam in neuester Zeit der Verlust des wichtigsten oberflächlichen Gebiets. Die volle Beschäftigung unserer Industrie zeigt das Wirtschaftslieben in einer verhängnisvollen Scheinblüte. Im Handel haben sich Zustände entwickelt, die das Arbeiten der GVG ungemein erschweren. Der Berichterstatter gab hierbei Kenntnis von einer Zusage der Zigarettenfabrikanten an den Handel, sich unter schriftlich zu jedem billigsten Preis zu verpflichten. Die Zigarettenfabrikanten möchten, so meint der Redner, sich andere Methoden aneignen und sich der Meinung begeben, als ob die deutschen Konsumvereine jeder Willkür gegenüber stülhätten werden.

Bei der Eigenproduktion der GVG gelte sich bei einer Reihe von Erzeugnissen die unmittelbare Einwirkung der schlechten Währung unserer Geldmittel, nämlich beim Einkauf der ausländischen Rohmaterialien. Einzelne Produktionsbetriebe schlossen sich ab, im ganzen gesehen sei aber leider zu sagen, daß nicht alle Konsumvereine die Bedeutung der zentralen Eigenproduktion erkannten. Wer hier Gemeinwirtschaft wolle, kann sie erreichen.

Die Mitteilungen über die Bankabteilung ließen eine lebhaftere Arbeitsstimmung dieser Abteilung erkennen. Lorenz machte Mitteilungen über die Bestrebungen zur Errichtung einer gemeinsamen Bank zwischen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und der GVG. Die Gewerkschaften haben den begrifflichen Wunsch, ihre Gelder zentral zu sammeln. Leider lassen es die Verhältnisse der GVG nicht zu, daß die GVG dem von den Gewerkschaften geplanten Geldinstitut beiträgt. Die Bankabteilung der GVG ist eine Geldausgleichsstelle, keine eigentliche Bank. Eine gemeinschaftliche Bank würde Aufgabe der Bankabteilung bedeuten, also Übertragung der Mittel der Bankabteilung an die neue Einrichtung, zugleich eines ausreichenden Gründungskapitals. Die hierzu erforderlichen Mittel stehen der GVG nicht zur Verfügung. Die GVG sehe es gerne, wenn die Gewerkschaften sich ihren Geldmitteln bei der Bankabteilung entsprechend in dem Bankausgleich der GVG vertreten lassen würden, was im Falle der Beteiligung der wirtschaftlichen Unternehmungen der Gewerkschaften an der GVG eine Vertretung im Aufsichtsrat der GVG zur Folge hätte. Es wäre also den Gewerkschaften die Möglichkeit geboten, auf die ganze Finanzgebarung der GVG Einfluß zu gewinnen. Zu dieser Verbindung neigen die Gewerkschaften leider nicht. Sie blieben bei dem Projekt der eigenen Bank, wobei die GVG erklären muß, daß sie sich an dieser Bank aus Mangel an Mitteln nicht partizipativ beteiligen könne, eine geringe Beteiligung aber der Bedeutung der GVG nicht entspricht.

Die weiteren Ausführungen waren eine ernste Mahnung an die Konsumvereine, sich ihren Verpflichtungen der GVG gegenüber zu erinnern. In der Aussprache wurde lebhaft kritisiert, daß einzelne Konsumvereine der GVG nicht die notwendige Treue halten. Die Jahresabrechnung wurde genehmigt und dem Geschäftsführer Entlastung erteilt.

### Entlohnungsmethode in den Deutschen Werken

Kollege Paul W. B. schreibt uns folgende Mitteilung: In Nr. 25 der M.Z. schrieb ich in dem Aufsatz: Kritische zum Dreißer System, daß das genannte Dreißer System in Bezug auf die Arbeiter gar nicht unzulässig und seine Auswirkung nicht anders ist als die Anreizung und Einführung von Staffelarbeiten oder, noch besser gesagt, für gleiche Leistungen verschiedene Entlohnungen. Ich verwies dann weiter darauf, daß die Befreiung der Arbeiter nach dieser Richtung hin nicht neu sei und daß bedauerlicherweise die Ausgangsursache solcher Befreiung meines Wissens auf die sozialen Entlohnungsmethoden der Deutschen Werke zurückzuführen wäre. Unser Kollege Bernide sah sich veranlaßt, wegen dieser Behauptung mit mir in einem Briefwechsel zu treten, um eine Klarstellung in dieser Angelegenheit herbeizuführen. Bernide teilt mir mit, daß es nicht zutrifft, daß die Entlohnungsmethoden bei den Deutschen Werken u. S. nach sozialen Gesichtspunkten erfolgen, sondern sich nach den in der Metallindustrie allgemein üblichen und in den Tarifverträgen vereinbarten Bestimmungen regeln. An der Richtigkeit der Mitteilung des Kollegen Bernide zu zweifeln, habe ich keine Ursache, und ist es nur zu begrüßen, wenn Betriebsbetriebe Entlohnungsmethoden ablehnen, die mit der grundsätzlichen und prinzipiellen Auffassung der Gewerkschaften im Widerspruch stehen.

Zu meiner nunmehr berichtigen Ansicht über die Entlohnungsmethoden in den Deutschen Werken bin ich gekommen durch einen früheren Direktor dieser Werke, der zurzeit in einem württembergischen Betrieb tätig ist. Dieser Direktor hat bei mehreren Verhandlungen über die Durchführbarkeit unserer Kollektivabschlusses wiederholt von mir kritisierten Standpunkt vertreten und stets diese Meinung damit unterstützt, daß in den Deutschen Werken die von ihm vertretenen Entlohnungsmethoden durchgeführt sind.

### Müssen die Extramarken genommen werden?

Kollege A. Deibel, Kitzingen, jagt in seinem Artikel (Nr. 24, 1922): Seit handlich mit dem Vertragsapparat, es hätten sich zu viele Kollegen von der Zahlung der Extramarken abwenden wollen. Keines Erachtens gibt es ein Verbot von den Extramarken nicht. Der Antrag ist vom erweiterten Vorstand beschlossen worden und so muß, will der Kollege nicht mit dem Vertragsapparat in Widerspruch geraten, ein jeder die Marken nehmen. Es muß jedoch, der mit seinen Marken im Hinblick ist, zur Kenntnis gebracht werden, daß die Nichtbezahlung dieser Extramarken Entziehung künftiger Rechte zur Folge hat. Die Kollegen, welche die Marken genommen haben, müssen überall fordern, daß mit den nichtzahlenden Kollegen nach den Bestimmungen des Statuts verfahren wird. Daß leider ein Teil der Kollegen die Beiträge nicht genommen hat, ist auch mit der Schuld der Vertragsapparat. Daß dieser des Verfassers mitunter nicht leicht gemacht wird, weiß jeder Handwerker. Wenn aber benötigte Extramarkenzahlung angefordert werden, mag er sich etwas Zeit zur Aufklärung nehmen. Ob es Projekte gibt oder nicht, darf nicht entscheidend sein. Nicht eines jeden Kollegen ist es, mit dem Vertragsapparat, daß alle auf die Folgen der Nichtbezahlung der Beiträge aufmerksam gemacht werden. Wir haben in jedem unserer Betriebe Handwerker, die vorgekommen und gute Erfahrungen damit gemacht, trotzdem die Kommissarien gegen die Bezahlung der Beiträge gearbeitet haben, mit der Begründung, daß der fälschliche Streit zu lassen verloren sei. Ob der Streit gewonnen oder verloren, bleibt sich letzten Endes gleich. Wenn der Unternehmer erfolgreich entgegengetreten werden soll, ist Kraft Disziplin und Bestrafung der gefassten Beschlüsse notwendig. Und einer dieser Beschlüsse ist die Entziehung der ausgesetzten Extramarkenzahlung. Also die Extramarken muß ein jeder in seinem Sinne nachweisen können. Oder Krüger, Kitzingen i. G.

### Festgenommener Schwindler

Bei der Vermehrung des Betrugsverbreitens wurde ein Mann eingekerkert, der sich Langjahrer nennt und häufig, obwohl zu sein. In seinen Briefen werden zwei Casusverhältnisse vorgebracht, die mit größter Sicherheit zeigen, daß der Betrugsweltling mit 25 und 24 verurteilt worden. Die eine hat einen mit 10 Jahren gefassten Beschlüssen: "Mittelwörter, heißt Kollaborieren in einem Hof", wobei für die Aufklärung, daß die große mit 10 Jahren gefassten Beschlüssen: "Deutscher Reichsbank-Verband, Zentralverwaltung, Gesamtliste für die verschiedenen industriellen Metallarbeiter." Eingekerkert in die Zelle von Langjahr, Kitzingen, 1000 M. und Kitzingen 25 M. Die Zelle hat nicht der Stempel der Reichsbank-Verband, nach die

Unterschrift des Bevollmächtigten. Langjahr gab sich als Volksanwalt, Vorsitzender des Reichsbundes, Vorsitzender des VVA-Kartells, Vorsitzender des Ortsausschusses, Vorsitzender der UGV, Vorsitzender der SPD und legte sich verschiedene Namen bei. Für Rentenempfänger hat er die Vertretung von Rentenangelegenheiten übernommen, sich einen Vorschub geben lassen, was die Unmenge von Bescheinigungen beweisen, hat aber eine Vertretung nie ausgeführt. Ein Schwindler der gemeinsten Art, der die bittere Not der Zeit ausnützte, ist unerschrocken gemacht. Es gilt immer, das Augenmerk auf zweifelhafte Personen, die sich auffällig in die Arbeiterbewegung hineindrängen, zu richten.

### Eingegangene Schriften

Die Wirtschaftskurve mit Zahlen der Frankfurter Zeitung nach den Methoden und unter Mitwirkung von Ernst Kohn. Heft 2 erschienen April 1922. Frankfurt Sozialverlag, G. m. b. H., Abteilung Buchverlag, Frankfurt a. M.

Die Gewerkschaftsbewegung und das Streikrecht der Beamten von Richard Seibel. Preis 4 M. Tony Breitwieser, Verlag, Berlin W. 15.

### Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 16. Juli ist der 29. Wochenbeitrag für die Zeit vom 16. bis 22. Juli 1922 fällig.

### Bewerbung für Bildungskurs!

Für den Monat September ist ein Bildungskursus vorgesehen für den Bezirk Nürnberg. Der Kursus wird in der ersten Hälfte des September beginnen. Den Mitgliedern des Bezirks Nürnberg wird hiermit anbegehrt, eine

### Bewerbung zur Teilnahme am Kursus

einzureichen. Die Bewerbung muß enthalten einen selbstgeschriebenen kurzen Lebenslauf, Angaben über Schulbildung und inwieweit der Bewerber bisher Bildungsmöglichkeiten benutzte (Besuch von Kursen, Studium volkswirtschaftlicher Literatur u. a.); ferner Angaben über die seitherige Tätigkeit des Bewerbers in der Arbeiterbewegung. Die Bewerbung ist abzugeben bei der zuständigen Ortsverwaltung. Die Abgabe der Bewerbung muß bis spätestens 1. August erfolgen. Die Ortsverwaltung prüft die Bewerbungen und scheidt sämtliche mit einem Gutachten an die Bezirksleitung ein. Die erweiterte Bezirkskommission trifft an der Hand sämtlicher Bewerbungen die Auswahl der zum Kursus auf Kosten der Hauptkasse zugelassenen Hörer. Für jeden Kursus übernimmt die Hauptkasse die Kosten für 60 Hörer. Etwa 30 weitere Hörer können auf Kosten der Lokalkassen zugelassen werden.

Die Dauer des Kursus beträgt etwa 2 1/2 Wochen. Die Hörer des Kursus werden an einem Ort zusammengefaßt und während dieser Zeit von jeder anderen Arbeit freigestellt. Im Kursus werden in erster Linie Volkswirtschaft und die damit verbundenen Fragen behandelt, ferner in beschränktem Umfang Arbeiterrecht und Sozialpolitik. Den Kursteilnehmern wird folgende Unterstützung gewährt:

1. Dem Hörer für die Dauer des Kursus eine Aufenthaltunterstützung von 70 M. pro Tag. (Zwischen die Leuerungsverhältnisse bis zum Zusammentritt des Kursus zu einer Nachprüfung der mit 70 M. pro Tag angesetzten Aufenthaltunterstützung, so wird dies geschätzt.)
2. Der Familie des Hörers für die gleiche Zeitdauer eine freiwillige Unterstützung. Letztere beträgt 80 u. S. vom Durchschnitt plus 10 u. S. des im Bezirk geltenden Tariflohns für erwachsene, gelehrte Metallarbeiter.
3. Einmaliges Fahrgebid 3. Klasse vom Wohnort zum Ort des Kursus und zurück.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	für Mitglieder der Beitragsklasse:					Beginn der Beitrags-erhöhung
	I	II	III	IV	V	
Braunschweig	500	—	—	—	—	31. Woche
Deffau	500	300	200	150	27.	
Elbing	500	300	200	100	27.	
Elbing	500	300	200	—	27.	
Freiburg i. St.	300	300	200	100	50	27.
Freiburg i. St.	500	300	200	100	27.	
Galda	400	350	200	100	27.	
Wörth	300	300	200	100	27.	
Halle a. S.	400	300	200	100	27.	
Halle a. S.	500	350	200	—	27.	
Merseburg	500	350	200	50	27.	
Merseburg	500	350	200	150	27.	
Nürnberg	500	300	200	150	27.	
Ostsch.	300	300	200	100	50	27.
Nauenburg	400	350	—	200	50	27.
St. Georgen	400	300	200	100	27.	
Stuttgart	500	300	200	100	27.	
Triptis	400	300	200	100	27.	
Trossingen	400	300	200	100	27.	
Weglar	500	350	200	150	27.	
Wittenberg	400	300	200	50	27.	
Wittenberg	300	300	100	100	—	27.
Zwickau	500	300	200	100	27.	

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung künftiger Rechte zur Folge.

### Anforderung zur Rechtfertigung:

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts angefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

**Auf Antrag der Verwaltungstelle Hagenberg:**  
Der Schlosser Friedrich Wätzer, geb. am 18. Januar 1891 zu Hagenberg, Mitgliedsbuch Nr. 4787074, wegen Unterschlagung.

**Auf Antrag der Verwaltungstelle Köstlin:**  
Der Schlosser Stefan Bilienthal, geb. am 9. März 1892 zu Köstlin, Mitgliedsbuch Nr. 4474906, wegen Unterschlagung.

**Öffentlich gerügt werden:**  
Auf Antrag einer Untersuchungskommission in Chemnitz:  
Der Schlosser Johannes Bjoft, geb. am 21. April 1887 zu Chemnitz, Mitgliedsbuch Nr. 4317768, wegen unfolgsamen Verhaltens.

**Auf Antrag des Vorstandes:**  
Der Former Friedrich Robert, geb. am 2. Februar 1892 zu Gumburg, Mitglied in der Verwaltungstelle Holzwinden, Mitgliedsbuch Nr. 3982613, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

**Kassisten und an den Vorstand einzuführen:**  
Auf des Mitgliedsbuch Nr. 222262, lautend auf den Bergarbeiter Bruno Koste, geb. am 2. März 1893 zu Hagenberg.

**Schlichter werden:**  
Mitgliedsbuch Nr. 4393287, lautend auf den Schlosser Nikolaus Janssen, geb. am 27. Februar 1896 zu Kallbach, (Dillingen a. d. Saale).

Mitgliedsbuch Nr. 1149701, lautend auf den Metallarbeiter Hermann Metz, geb. am 18. Mai 1877 zu Steinseltersdorf (Neustadt i. Sa.).

Mitgliedsbuch Nr. 9429284, lautend auf den Schlosser Wilhelm Quoka, geb. am 24. März 1893 zu Kosszin. (Dachau.)

Mitgliedsbuch Nr. 4380971, lautend auf den Former Karl Lorbeer, geb. am 25. September 1872 zu Koblenz. (Rheinsheld.)

Mit kollegialem Gruß  
Der Vorstand

### Zur Beachtung! • Zugung ist fernzubalten:

von Feilenhauern und Schleifern nach Staßfurt (Friedrich Kluge) M.;  
von Formern und Sichelarbeitern nach Metternich bei Koblenz (Eisenwerk Metternich) A.;  
von Gold- und Silberarbeitern nach dem ganzen Gebiet der Schweiz L.;  
von Felzungsmonturen nach Aachen (Aachener Maschinenbauges.) St.; nach Lüdenscheid L.;  
von Klempnern nach Selsentirchen St.; nach Schwerin St.;  
von Metallarbeitern aller Branchen nach Chemnitz (Svoboda & Co., Metallschrauben-, Werkzeugmaschinenfabrik und Fassonbreiher) D.; nach Dargitz L.; nach Finnland; nach Kreuznach (Seib-Verte) L.; nach Zugenburg B.; nach Montabaur (Westfälischer Eisenbergbau und Maschinenfabrik J. O. Die) St.; nach Neustadt a. Harz (H. Frank, Autoreparaturwerkstätte) D.; nach Rumänien A.

A. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Stadt; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände; A. = Ausperrung. Arbeitssuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gelistet ist, Erlaubnis bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzugeben zu lassen.

Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

### Verbands-Anzeigen

**Bekanntmachungen**  
der Ortsverwaltungen u. dergl.  
Leipzig. Gesucht wird der Kollege Herbert Göbe, Schlosser, geb. am 15. März 1895 zu Leipzig. Die Verwaltungen, bei denen er sich anmeldet oder in deren Orten er in Arbeit tritt, werden gebeten, sofort Mitteilung an unsere Verwaltungsstelle in Leipzig, Beiler Straße 32, I, gelangen zu lassen.

**Angestellte gesucht.**  
Oberbrügge. Geschäftsführer gesucht, erste Kraft für Agitation und Verwaltung. Er muß mindestens 30jähr. Beitragsleistung nachweisen und mit allen Verbandsarbeiten vollständig vertraut sein. Bewerbungen mit Angabe über bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung, sowie Alter u. Familienverhältnisse bis zum 20. Juli mit der Aufschrift: „Bewerbung“ an den Kollegen Heinrich Schmidt, Oberbrügge, Provinzialstraße 60.

### Sonstige Anzeigen

(Schriftliche Betr. die Arbeitergesch. nur niemals an die Schriftleitung, sondern an das laufende Geschäft, Ausgegebenfrist aber stets nur an den Verlag der Metallarbeiter-Zeitung zu richten.)

**2 Autogenschweißer** (sofort gesucht)  
Sager & Nappeneder, Eisen- und Metallfabrik, Zähringen, Baden.  
Bediener Schweißschleifer u. Schweißer auf Aluminium (Kettenschweißer) per sofort gesucht. C. Hartmann, Hotelüberfabrik, Märktchen, Albrechtstr. 2.

**Dreher, tüchtige, ältere und jüngere, suchen**  
Eiltwerke, Akt.-Ges., Brand-Erbisdorf bei Freiberg i. Sachsen.

**Tüchtige Dreher, Revolverdreher und Präferer** für sofort gesucht.  
Offerte erbeten an Bezirks-Arbeitsamt Friedrichshafen.

**Feilen- und Schleifer**, tüchtiger, lediger, per sofort gesucht.  
Kühn, Albert Sigwart, Ludwigshafen/Elb.

**Ein Gesenkschleifer** für die Anfertigung von Flachgesenks tüchtiger und Abgratwerkzeugen gesucht. Derselbe muß auch die Einrichtung der Maschinen übernehmen. Kenntnisse im allgemeinen Werkzeugbau erwünscht. Bei zufriedenstellender Leistung reiches Vorwärtkommen möglich. Angebote mit Zeugnisabschriften und Angabe des Eintrittstermins an die Holzboheimer Eisen- und Elektro-Industrie, A.-G., Holzboheim i. Freidgau.

**Handformer**, mehrere tüchtige, für unsere Eisen- und Metallwerke für dauernde Beschäftigung bei gutem Verdienst gesucht.  
Richard Klinkhardt, G. m. b. H., Duesen i. Sa.

**Handhauer**, tüchtiger, älterer, der auch das Härten verstehen muß, sofort gesucht.  
Franz Jense, Freital-Heiden, Freitalstr. 6.

**Tüchtiger Härter**, gewandt, ledig, gegen hohe Bezahlung in Dauerstellung gesucht.  
Härter, die schon in Blechhärtung Erfahrung haben, erhalten den Vorrang.  
A. Freymann & Co., Weinheim a. d. Bergstraße

**Für Lokomotivschleifer-Repaurier** stellen wir sofort einen älteren, selbständig arbeitenden Kesselschmied ein.  
Angebote an Tiefbau- und Metallindustrie-Akt.-Ges., vormals Gebrüder & König in Rordhausen.

**Tüchtige Kupferschmiede** für Brennfessel und Bodenfenster sucht Goldberger Metallwarenfabrik Carlus Krempel, Goldberger, Bergheimstr. 101 a.

**Tüchtiger Kupferschmied**, nicht unter 25 Jahren, sofort für dauernde Beschäftigung gesucht. Bewerbungen unter Beifügung von Zeugnisabschriften und Angabe des frühesten Eintrittstermins erbeten an:  
Farbwerke vorm. Meister, Lucius & Brüning, Höchst a. Main.

**Maschinenhauer**, tüchtiger, sofort gesucht. Friedrichberg & Comp., Erling bei München.

**Metallformer**, tüchtige, unbedingt selbständig arbeitende, stellen ein. Metallwerke Lieberg & Co., G. m. b. H., Gassel-Weitenhausen.

**Tüchtiger Monteur** für Holzbearbeitungs-Maschinen gesucht.  
Framas, Frankfurter Maschinenfabrik, G. m. b. H., Gaggenau (Baden).

**Wir suchen zum tüchtigen Untermeister** für unsere baldigen Antritt. Bewerber mit möglichst guten Erfahrungen im Automobilbau und für unsere Dreherei, die zur Ausbildung von Hilfsdrehern befähigt sind.  
Eiltwerke, Akt.-Ges., Brand-Erbisdorf bei Freiberg in Sachsen.

**Schleifer**, tüchtigen, für Jahrarbeit und alle vor kommenden Arbeiten sucht.  
A. Math, Metz, Goldenerstr. 78.

**Werkzeugschlosser**, durchwegs tüchtig im Schnitt- und Stanzbau, suchen.  
A. Kidel & Comp., Altmannsdorf, Raffel.

Druck und Verlag von Alexander Schlichte & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Röllstraße 16 B.